

Antrag zur Einführung einer Inflationsausgleichsprämie für Rentner:innen

Antragstellerin: Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg in Berlin

Adressat: LSV, LSBB, Landesregierung Berlin, Bundesregierung, Abgeordnete des AgH und MdB

Inflationsausgleich auch für die Rentner:innen einführen!

Rentner:innen dürfen nicht schlechter gestellt werden. Die Gerechtigkeitslücke muss geschlossen werden!

Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg in Berlin fordert, dass die Bundesregierung die Zahlung eines Inflationsausgleichs auch an die Rentner:innen beschließt. Doch das ist bislang seitens der Regierung nicht geplant, obwohl gerade Rentner:innen, die oft nur mit niedrigen Altersbezügen wirtschaften müssen, die Inflation stark spüren. Wer über ein kleines Einkommen verfügt, kommt bei den aktuellen Preissteigerungen schnell an seine Belastungsgrenzen. Das spüren vor allem auch viele Rentner:innen. Jede:r zweite erhält nach vierzig Jahren Arbeit keine 1.400 Euro im Monat, wie eine Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine schriftliche Anfrage aus dem vergangenen Jahr von der Linken-Abgeordneten Sahra Wagenknecht ergab. Die Altersbezüge hinken der Inflation deutlich hinterher. Unterstützung sollen jedoch nur Pensionär:innen erhalten. Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg in Berlin und Sozialverbände kämpfen gegen diese massive Ungleichbehandlung. Anders als Rentner:innen sollen Pensionär:innen nach einem Beschluss der Bundesregierung einen Inflationsausgleich erhalten. Dieser orientiert sich an der Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro, die Staatsbedienstete bis März 2024 erhalten. Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg in Berlin sieht darin eine massive Ungleichbehandlung, zumal Beamt:innen im Ruhestand häufig ohnehin ein höheres Einkommen haben.

Rentner:innen spüren höhere Verbraucherpreise besonders!

Wir kennen aus Gesprächen mit Senior:innen, Vertreter:innen von Sozialverbänden und durch zahlreiche Zuschriften die Not der Betroffenen sehr genau. Es melden sich immer mehr Menschen, die sich zutiefst ungerecht behandelt fühlen.

Die Sonderzahlung war ursprünglich in erster Linie für Arbeitnehmer:innen gedacht, deren Einkommen mit den zuletzt rasant gestiegenen^[17]_[SEP] Lebenshaltungskosten nicht mehr Schritt halten können. Die Vereinbarungen zur Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie aus den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes wurde durch die Bundesregierung auf die Beamt:innen sowie die Versorgungsbeziehenden des Bundes übertragen.

Die Preisbremsen für Strom und Gas sind bereits zum Ende des Jahres 2023 ausgelaufen. Als Grund für das Beenden verwies die Bundesregierung auf die aktuelle Haushaltsnotlage. Zudem sollten die Verbraucher:innen im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigenverantwortlich gegensteuern. Zahlreiche Haushalte müssen nun mit den problematischen Folgen des Wegfalls der Preisbremsen zu Recht kommen. So haben viele von ihnen überhöhte Heizkostenabrechnungen aus 2022 mit Forderungen von bis zu 9000 Euro erhalten. Davon sind auch viele Rentner:innen betroffen.

Die Seniorenvertretung Tempelhof-Schöneberg in Berlin möchte mit der Forderung keine Neiddebatte entfachen, sondern eine große Gerechtigkeitslücke auch für unsere Rentner:innen schließen.